Artikel vom 09.11.2021 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 19:14 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/der-laesst-uns-nicht-locker

Der lässt uns nicht locker



LZ-Chefredakteur Detlef Steinert

In nicht einmal vier Wochen haben sich am Niederrhein fünf Übergriffe auf Kleinpferde ereignet. Das ist mehr als problematisch. Es zeigt auch, dass es nicht damit getan ist, Schutzmaßnahmen gegen den Wolf weiter zu intensivieren. Deswegen ist es gut, wenn Tierhalter und ihre Vertreter nicht lockerlassen zu fordern, dass der Schutzstatus überdacht und auffällige Tiere entnommen werden.

Es ist schon wieder passiert. Mittwoch vergangener Woche hat es erneut einen Übergriff auf ein Pony im Schermbecker Wolfsgebiet gegeben. Der fünfte innerhalb weniger Wochen. Hinzu kommt ein Mutterschaf in Hünxe in der Woche zuvor, gerissen am frühen Morgen kurz nach dem Austrieb auf die Weide. Ob hier ein Wolf am Werk war und welches Einzeltier genau, das muss noch amtlich bestätigt werden. Für eine Erkenntnis braucht es aber keine amtliche Bestätigung: Wie mit der zunehmenden Wolfspopulation zu verfahren ist, darüber muss dringend eine ernsthafte Debatte geführt werden, an deren Ende unzweifelhafte Beschlüsse stehen.

Zwar nimmt sich die Zahl der Wölfe in NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern noch bescheiden aus. So verzeichnet das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MULNV) einen stationären Wolf in der Senne in Ost-Westfalen, ein Rudel aus zwei erwachsenen Elterntieren und vermutlich vier Welpen im Raum Schermbeck sowie zwei Rudel an den Landesgrenzen zu Rheinland-Pfalz und Belgien. Trotzdem ist die Debatte dringend nötig. Denn die Übergriffe am Niederrhein werden wieder mehr. Und es trifft eben nicht nur kleine Nutztiere. Es sei problematisch, dass das niederrheinische Wolfsrudel vermehrt Pferde angreift, räumt auch das MULNV in einer aktuellen Stellungnahme gegenüber dem Landtag ein.

Fakt ist, der Wolf scheut auch vor immer größeren Tieren nicht zurück. Befürworter sprechen ihm gerne die Rolle einer Gesundheitspolizei in der Wildnis zu. Tatsächlich beweist er sich in unserer Kulturlandschaft aber immer wieder als überaus lernfähiger Gelegenheitstäter. Aus Niedersachsen werden sogar Verdachtsfälle von Übergriffen auf Mutterkühe gemeldet. Dass auch schon Kälber angefallen wurden, wird nicht nur von dort berichtet. Die Halter haben in solchen Fällen nicht nur einen wirtschaftlichen Schaden. Sie sehen sich teils auch massiv verunglimpft, indem ihnen vorgeworfen wird, sie hätten ihre Tiere nicht ausreichend geschützt. Es mag Fälle geben, in denen nicht wortgetreu alle Maßnahmen umgesetzt worden sind, die im Rissfall Voraussetzung für Entschädigungen sind. Es gibt aber auch die anderen Fälle, in denen die Halter genau das und noch mehr gemacht haben. Der Frust und der daraus folgende Entschluss, dann lieber ganz aus der Tierhaltung auszusteigen, ist nachvollziehbar.

Wohl auch, um dem Rückgang der Weidehaltung aufgrund der wachsenden Bedrohung durch Wölfe etwas entgegenzusetzen, hat die SPD im Düsseldorfer Landtag schon vor Monaten einen Antrag (Wolfsland NRW braucht präventiven Herdenschutz und Entschädigungskonzept für Halterinnen und Halter (Drucksache 17/14073)) an die Landesregierung gestellt. Dieser zielt auf Verbesserungen im vorbeugenden Herdenschutz und bei den Entschädigungen ab. Parallel zur Fertigstellung dieser Ausgabe der LZ Rheinland läuft dazu im Agrarausschuss eine Anhörung. Was die Fachleute ausführen, die dort gehört werden, lässt sich daher nicht im Einzelnen widergeben. Sie scheinen in vielen Punkten aber den Forderungen des SPD-Antrags zuzustimmen. So unter anderem, dass schon Schutzmaßnahmen zu fördern sind, bevor Wölfe zuwandern, dass bei der Rissbegutachtung auch örtliche Tierärzte einbezogen werden sollen, dass das Beratungsnetz ausgebaut werden soll, dass neben Schutzmaßnahmen auch deren laufender Unterhalt unterstützt wird und dass Förderung und Entschädigung nicht nur kleine, sondern auch auch große Weidetiere wie zum Beispiel Rinder und Pferde

umfassen.

Einen Punkt umfasst der Antrag allerdings nicht, aber der ist wesentlich: eine Überprüfung des Schutzstatus des Wolfes und damit zusammenhängend die Möglichkeit, auffällige Tiere ohne Wenn und Aber zu entnehmen. Das darf kein Tabu mehr sein! In diesem Punkt lockert auch das MULNV mittlerweile seine Zurückhaltung. Anlässlich der Anhörung bestätigt es nämlich, dass eine Kanzlei „mit der Prüfung beauftragt wurde, ob unter Berücksichtigung der entsprechenden UMK-Leitlinien [Anmerkung der Redaktion: UMK steht für Umweltministerkonferenz] („sog. Praxisleitfaden“) die aktuellen Ereignisse (mutmaßlichen Ponyrisse) eine Entnahme einzelner Wölfe bzw. des Rudels rechtfertigen würden“. Es wäre mutig, aber genauso folgerichtig, wenn daraus endlich Taten folgen würden. Aber das hatte man schon im Frühjahr bei einem früheren Gutachten gehofft.